

Als ein akutes Problem wird das Ausbleiben der Niederschläge in einigen Regionen und eine fortschreitende Versteppung und Verwüstung erkannt. Damit einher geht das Aussterben bzw. Abwandern von einigen Pflanzen- und Tierarten. Ebenso thematisiert werden in den Medien extreme Wettereinbrüche, Überschwemmungen und die immer wärmeren Winter. Am wenigsten scheint in der Türkei das Abschmelzen der Polargletscher und der Anstieg des

Meeresspiegels um einige Meter als Gefahr wahrgenommen zu werden, obwohl das Land fast 8000 Kilometer Meeresküste hat.

Auf den Stern-Bericht gab es keine Reaktionen, weil er in der Türkei nicht bekannt ist. Über den IPCC-Bericht jedoch wurde in den Medien berichtet und dessen Empfehlungen sind ein Thema für Diskussionen in Fachkreisen und Umweltforen.

ISRAEL: DAS THEMA WASSER STEHT IM VORDERGRUND

Lars Hänsel | Catherine Hirschwitz

Israel ist seit 1996 Mitglied im United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und hat 2004 das Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Da Israel nur wenige Treibhausgase emittiert, kann das Land Emissionszertifikate verkaufen. Im Juni 2006 unterzeichnete Israel mit Deutschland ein Abkommen zum Handel mit Emissionszertifikaten im Rahmen des Clean Development Mechanism.

Seit zwei Jahren ist die israelische Regierung im Klimaschutz aktiv und finanziert vor allem Forschungsprojekte in diesem Bereich. Außerdem fand im letzten Jahr eine zentrale nationale Konferenz mit mehr als 250 Wissenschaftlern und Vertretern von Umweltschutzorganisationen statt, auf der die Auswirkungen des Klimawandels diskutiert wurden.

Anfang 2007 rief das Umweltministerium ein Treffen mit anderen relevanten Ministerien ein, um einen nationalen Strategieplan zum Klimawandel zu entwickeln. Auf diesem Treffen wurden Arbeitsgruppen vereinbart, um Forschungen zu speziellen Fragen des Klimawandels zu initiieren. Die ersten beiden Forschungsgruppen konzentrierten sich darauf, Daten zu erfassen und speziell die Beziehung von Wasserressourcen und Klimawandel zu erforschen. In den nächsten Monaten ist die Einrichtung weiterer Arbeitsgruppen geplant.

Die Politik in Israel ist in dieser Konfliktregion generell mit anderen Problemen als dem Umweltschutz befasst. Das Umweltministerium ist wohl der einzige wirkliche Akteur in diesem Themenbereich, wobei nun ein interministerieller Plan ausgearbeitet werden soll. Auch befassen sich einige Universitätsinstitute mit dem Klimawandel.



Israel hat mit längeren Trockenperioden zu kämpfen.

Israel hat zwei akute Hauptprobleme in diesem Zusammenhang: Auf dem Wassersektor geht es um die knapper werdenden Ressourcen in den Wasserreservoirs (Aquifer, See Genezareth), welche direkt von den jährlichen Regenmengen abhängig sind. Wesentlich ist hier der Einfluss auf die Landwirtschaft Israels.

Im Bereich des Energiesektors geht es darum, dass Israel aufgrund der politischen Situation an kein Netz mit den Nachbarn angeschlossen ist und die gesamten Energieverbrauch selbst absichern muss. Derzeit nutzt Israel 90 Prozent der Kapazitäten und ist damit sehr anfällig für klimatische Einflüsse wie kalte Winter oder heiße Sommer. Im letzten Sommer kam es zu großflächigen Energieausfällen.

Zu einem geringen Teil spielt auch das Ansteigen des Meeresspiegels eine Rolle: während das Rote Meer kaum Infrastruktur gefährden könnte, sieht man Infrastruktur und das Rekreativpotential von Stränden an der Mittelmeerküste durchaus als gefährdet an.

Die IPCC-Berichte sowie der Bericht von Sir Nicholas Stern zur Ökonomie des Klimawandels wurden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Das Umweltministerium hat diese Berichte zwar intensiv studiert, ist über die Ergebnisse sehr besorgt und schenkt diesem Thema hohe Aufmerksamkeit. Allerdings stehen akute Umweltprobleme höher auf der Agenda, wie etwa akuter Wassermangel und Umgang mit knappen Wasserressourcen, Ausbreitung von Wüsten und Trocken-

gebieten und Gefahr von Waldbränden durch längere Trockenperioden und stärkere Hitzewellen.

Weil Israel gerade auf den letztgenannten Gebieten Expertise aufgebaut hat, soll nun ein regionales Zentrum für die Verbreitung dieses Wissens aufgebaut werden, insbesondere zum Kampf gegen Desertifikation, Wald- und Buschbrände sowie für einen optimalen Wasserverbrauch.

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE: ES GIBT EXISTENTIELLERE THEMEN ALS DEN KLIMAWANDEL

Thomas Birringer

Die derzeit aktuelle Diskussion in Europa und anderen westlichen Ländern über den Klimawandel spielt im politischen und medialen Diskurs in den Palästinensischen Autonomiegebieten keine Rolle. Das Desinteresse an diesem Thema liegt hauptsächlich in drei Punkten begründet:

Zum einen ist die politische Situation in den palästinensischen Gebieten derzeit äußerst angespannt. Eine bürgerkriegsähnliche Situation im Gazastreifen, tägliche militärische Auseinandersetzungen in der West Bank und die schwierige politische und finanzielle Lage der Autonomiebehörde; dies sind die Themen, auf die sich die Medien fokussieren und die im innerpalästinensischen Diskurs wenig Raum für Diskussionen lassen, die als weniger existenziell erachtet werden. Der Klimawandel fällt nach palästinensischer Einschätzung in diese Kategorie.

Zum zweiten ist die politische Führung auf Grund der innerpalästinensischen Kämpfe und auf Grund der Tatsache, dass fast die Hälfte aller Parlamentsabgeordneten und mehrere Minister sich in israelischer Haft befinden, weitestgehend handlungsunfähig. Das Parlament hat keine beschlussfähige Mehrheit und tritt daher nicht zu Sitzungen zusammen. Vor diesem Hintergrund ist es nahe liegend, dass sich die politische Führung nicht mit den Folgen des Klimawandels befasst.

Letztendlich ist das Thema Umweltschutz im Allgemeinen nur sehr schwach im Bewusstsein der palästinensischen Bevölkerung verankert und wird zumeist nur auf der Mikroebene (Müll, etc...) wahrgenommen.



Die Umweltproblematik wird meist nur auf der Mikroebene wahrgenommen. So ist die Abfallbeseitigung in den palästinensischen Autonomiegebieten häufig ein Problem.

Gleiches gilt für Lösungsversuche, wie z.B. die Entwicklung einer ökologisch verträglichen und nachhaltigen Abfallentsorgung durch die GTZ.

Ein weiteres umweltpolitisches Thema, das in den Palästinensischen Autonomiegebieten eine Rolle im politischen und medialen Diskurs einnimmt, ist die Wasserversorgung der Bevölkerung und die nachhaltigen Schäden, die das Tote Meer durch eine übermäßige landwirtschaftliche Nutzung seines hauptsächlich Wasserzuflusses, des Jordan, erleidet. Darüber hinaus finden jedoch andere umweltpolitische Problematiken, wie auch der Klimawandel, kaum Beachtung.